

Inhalt der Sitzung vom 09.03.2015

TOP Ö2

Zuschüsse an die katholische und evangelische Kirchengemeinde für Sanierungskosten Kirche

Beim Beschluss des Haushalts 2014 am 27.1.2014 hat der Gemeinderat beschlossen, insgesamt 100.000 € für die Bezuschussung einzustellen. Die Bezuschussung wurde dann in der VKSS-Sitzung am 23.2.2015 erörtert und soll sich nach dem Eigenanteil der Kirchen bei den Kirchenrenovierungen richten:

	Kath. Kirche	Ev. Kirche
Gesamtkosten:	1.382.000 €	247.500 €
Eigenanteil:	430.000 €	150.700 €
Zuschuss 15 %:	64.500 €	22.605 € (Zuschussobergrenzen)

Bei einer Bezuschussung von 15 % des Eigenanteils ergibt sich ein Gesamtzuschuss an beide Kirchengemeinden von 87.105 € (Zuschussobergrenze).

Die GRe Prof. Dr. Dr. Mende, Dr. Neidig und Layer verließen wegen Befangenheit den Rats-tisch und nahmen im Zuhörerraum Platz.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass man die Leistungsfähigkeit der Gemeinde und den Aspekt 15 % der tatsächlichen Aufwendungen der Kirchengemeinden zu übernehmen, zu berücksichtigen habe. Man habe eine gerechte Lösung im Sinne der Kirchengemeinden gefunden. Er gab die Zustimmung der CDU-Fraktion.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass die Kirchengemeinden vor Ort bezuschussungswürdig sind. 15 % sind ein gerechter und angemessener Anteil. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die SPD einen Zuschuss von 6 % zu den Gesamtkosten der Außenanierung vorgeschlagen habe. Nun komme ein Verwaltungsvorschlag mit einer Bezuschussung von 15 % des Eigenanteils. Man könne mit dem vorliegenden Vorschlag leben. Sie beantragte, aufgrund der Aufwendungen der Kirchengemeinden, die Summe gleich und ohne Vorlage weiterer Kostennachweise auszuzahlen. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die Kirchen ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft seien und die Ortsmitte prägen. Er gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagt, dass es sich hingezogen habe, weil die Verwaltung sich nicht verpflichtet sah, einen Zuschuss zu geben. Es handle sich um alte und ortsprägende Gebäude, die erhalten werden sollen. Er gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö3

Beiträge für die U3 Kinderbetreuungseinrichtungen des Postillion e.V.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hatte der Gemeinderat beschlossen, die Eltern von Krippenkindern künftig um jährlich bis zu 84.000 € im Jahr zu entlasten. Die Krippenbeiträge in den Kinderbetreuungseinrichtungen von Postillion e.V. finanzieren sich derzeit nach den gesetzlichen Bestimmungen zu 32 % der Kosten über Elternbeiträge, die restlichen 68 % trägt die Gemeinde. Hinzu kommt das Auslastungsrisiko, das zu 32 % bei den Eltern liegt und zu einer höheren Kostenbeteiligung der Eltern führt. Bisher war dies kein Problem, da die Krippen gut ausgelastet waren. Durch den Ausbau der Krippenbetreuungsplätze ist zu erwarten, dass es zu freibleibenden Plätzen kommt; allerdings ist dies auch Notwendigkeit, um kurzfristig auf Bedarf reagieren zu können.

Zur Beitragsentlastung der Eltern werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Erweiterung der Schließtage von 15 auf 20 Tage
Keine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde
2. Die Beitragsausfälle aufgrund nichtbesetzter Plätze werden künftig nur von der Gemeinde getragen. *Jährliche finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde von ca. 45 T€*
3. Erhöhung der Zuschussquote von 68 % auf 70 %.
Jährliche finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde von ca. 17 T€
4. Herausnahme der Erstausrüstung aus den Betriebskosten und Übernahme durch die Kommune.
Jährliche finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde von ca. 4 T€
5. Übernahme des Ermäßigungsmodells wie auch bei den Kindergärten (50% für das 2. Kind, 0 € für jedes weitere Kind in der gleichen Einrichtung).
Jährliche finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde von ca. 5 T€
6. Verdoppelung der einrichtungsübergreifenden Zweitkinderermäßigung von 50 € auf 100 € monatlich.
Jährliche finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde von ca. 12 T€

Die Maßnahmen führen für die Gemeinde zu einer jährlichen finanziellen Mehrbelastung von ca. 83 T € bei einer Entlastung für die Eltern insgesamt um ca. 20%.

Neue Beiträge nach diesem System (die aktuellen Beiträge zum Vergleich in () angefügt):

7 Std.	369 € (420 €)
8 Std.	411 € (425 € jedoch für 7,5 Std.)
9 Std.	430 € (490 €)
10 Std.	473 € (553 €)

Zum Vergleich:

In der Landesempfehlung wird für eine 10-Stunden-Gruppe 473,33 € angegeben.

Das Thema wurde in der Sitzung des VKSS am 23. Februar 2015 vorberaten. Dabei wurde der Wunsch geäußert, dass die Krippenbeiträge künftig analog den Kindergartenbeiträgen nach den prozentualen Empfehlungen der kommunalen und kirchlichen Spitzenverbänden zur Beitragsanpassung automatisch erhöht werden.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) lobte die SPD-Fraktion für ihre Hartnäckigkeit.

Man habe eine gute Kompromisslösung gefunden. Ungleichheiten seien beseitigt worden und man habe eine Formel gefunden für langfristige Planungssicherheit. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass der Gemeinde vielfältige Aufgaben obliegen. Man habe eine elternfreundliche Reduzierung erreichen können. Man müsse allerdings auch sehen, dass noch weitergehende Entlastungen immer durch die Allgemeinheit zu tragen wären. So liege hier letztlich eine gute Lösung vor. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass die Vorlage auf einem SPD-Antrag beruhe. Der Kompromiss sei in Ordnung, er gab die Zustimmung der SPD. Positiv bewertete er die Zweitkinderermäßigung. Der 1. April sei ein guter Termin für die Einführung, zu diesem Termin solle man auch versuchen, die 7,5 Stunden auf die 8 Stunden-Gruppe zu erweitern. Der Anteil der Eltern sinke nun auf 25 %, womit man nicht mehr so weit vom Landesdurchschnitt entfernt sei.

BGM Schmitt sagte, dass es sich um einen Antrag der SPD gehandelt habe, diese aber den HH ablehnte und deshalb auch die Fraktionen, die den Haushalt genehmigt hatten, eine wichtige Mitwirkung zu dem Ergebnis geleistet haben.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass es wichtig für die Eltern sei. Er wolle herausstellen, dass soziale Aspekte in der Vorlage sind, die man im Ausschuss VKSS zuvor erarbeitet habe. Man gehe einen guten und großen Schritt zur Gleichberechtigung aller Einrichtungen in der Gemeinde. Der GLP fehle noch eine bessere Berücksichtigung der unteren Mittelschicht, vor allem auch Alleinerziehende wolle man besser gefördert sehen. Er gab die Enthaltung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass ein „guter Wurf“ gelungen sei. Die automatische Anpassung finde die ALP nicht gut. Dies führe zu einem zu geringen Spielraum für den Gemeinderat, die Situation der Eltern sei so auch nicht mehr bekannt. Er gab die Zustimmung der ALP einstimmig angenommen, bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö4

Neukonzeption Schulkindbetreuung; Einführung Abenteuerhort und Anpassung der Entgelte

- a) In der Friedrichschule wird es ab dem kommenden Schuljahr größere Raumprobleme geben, so dass Horträume fehlen werden. Konkret wird durch den Mehrbedarf der Schule eine Hortgruppe wegfallen. Da Ersatzräume neu gebaut werden müssten, hat die Verwaltung gemeinsam mit Postillion e.V. Alternativen erörtert. In Ermangelung eines Waldes wurde das Konzept des Waldhortes zu Gunsten des sehr ähnlichen Abenteuerhorts verworfen. Dieser knüpft sehr stark an die Tradition der „Abenteuer- und Bauspielplätze“ an. Grundidee ist, Kinder nach der Schule möglichst vieles draußen machen zu lassen. Essen, Hausaufgaben und Freizeitbereich können kindgerecht angeboten werden, Austoben ist im Verbund mit kreativen Angeboten sehr gut möglich und machbar. Als möglicher Standort ist das Gelände an der Bahnstraße vorgesehen, wo Bauwagen oder Hütten aufgebaut werden können. Die Mietkosten für einen Bauwagen belaufen sich auf 3.000 €/Jahr. Maximal 2 Bauwagen werden für eine voll belegte Hortgruppe benötigt. Die Personalkosten bleiben unverändert.
- b) Die Errechnung der Elternbeiträge für den Hort und die Kernzeit ist aktuell sehr kompliziert. Der bürokratische Aufwand zur Errechnung der Beiträge ist immens. Durch die derzeit gültige einkommensabhängige Ermäßigung wird die mögliche Unterstützung der Eltern durch das Landratsamt für dieses sehr günstig. Dies ist unter anderem durch die Vielzahl der zu buchenden Möglichkeiten zu erklären. Gleichzeitig hat die volle Flexibilität auch für den Hort- und Kernzeitalltag negative Auswirkungen. Um die Beiträge deutlich zu vereinfachen wurde eine Entgeltliste erarbeitet, die auf der gleichen Systematik wie in Kindergarten und (neu) Krippe basiert. Damit wäre in Plankstadt zukünftig ein einheitliches System eingeführt. Wichtigste Änderungen sind die Abschaffung der tageweise buchbaren Betreuung und die Zuordnung in eine Betreuungsform (Hort- oder Kernzeit), was bisher für erhebliche Unruhe in der Einrichtung sorgt und gerade jüngere Kinder vor größere Hürden stellt. Ein kontinuierliches und pädagogisch sinnvolles Arbeiten mit den Kindern wurde so bisher deutlich erschwert. Es ist natürlich weiterhin möglich, dass ein Kind im Einzelfall auch einmal weniger Tage in die Einrichtung kommt.

Beide Themen wurden in der Sitzung des VKSS am 23. Februar 2015 vorbesprochen.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass der Name „Abenteuerhort“ nicht negativ zu verstehen sei, vielmehr handle es sich um das bewährte Konzept einer modernen Pädagogik. Die Umsetzung treffe sich sehr gut mit der angespannten Situation in der Friedrichschule und man habe ein einheitliches System. Das Interesse der Kinder stehe im Vordergrund. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass man 2 Fliegen mit einer Klappe schlage. Es gebe ein Raumproblem und man könne ein neues pädagogisches Konzept umsetzen. Es sei eine gute Möglichkeit und eine schnelle Lösung. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass man erwarte, dass in 2 Jahren in der Humboldtschule eine Ganztageschule eingerichtet werde. Man unterhalte sich hier nun über eine Übergangslösung. Das Konzept des Abenteuerhorts sei grundsätzlich positiv. Allerdings sei man der Meinung, dass es keine größeren Raumprobleme in der Friedrichschule gebe. Es sei nicht klar, wie die Räume hier genutzt würden und es fehle Klarheit, ob die Außenverlagerung schon jetzt notwendig sei. Er stellte den Antrag auf Vertagung und Verweisung in den VKSS.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass sich die GLP das Thema vor Ort angeschaut habe. Die Klassenzimmer könne man nicht ohne weiteres einfach als Betreuungszimmer nutzen. Bereits heute ließe sich eine Beeinträchtigung im Schulbetrieb feststellen und die Schule diene in erster Linie dazu, um Unterricht zu machen. Es sei ein Weg, den die Gemeinde und die Schule gehen sollen.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass Rektor Emmerich bereits vor einem Jahr auf die Raumsituation hingewiesen habe. Es sei an der Zeit, sich Gedanken zu machen, was man aus der Schule machen wolle. Er schlug vor, das Dachgeschoss auszubauen. BGM Schmitt sagte, dass dies wegen der Rettungswege nicht wirtschaftlich möglich sei. Hohl fragte daraufhin nach Beispielen eines gelungenen Abenteuerhorts und ob die Bauwagen fixiert würden. Er wollte auch wissen, wie die Kinder hingebacht würden und vertrat die Auffassung, dass es nichts schade, wenn man sich nochmals kundig mache.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass man bei der Planung darauf achten solle, dass der vorhandene Spielplatz nicht beschnitten werde.

GR Antrag der SPD auf Vertagung und Verweis in den VKSS:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen von SPD und ALP und 11 Gegenstimmen von CDU, PL, GLP und BGM, sowie 1 Enthaltung von GR Wolf.

Mehrheitlich angenommen mit 11 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und ALP.

TOP Ö 5

Humboldtschule

Sanierung der WC-Anlagen im 1. OG der Hauptschule sowie der Lehrer-WC's der Grundschule

-Auftragsvergabe Sanitärarbeiten und Fliesenarbeiten

Nachdem in den letzten beiden Jahren im Hauptschulgebäude der Humboldtschule bereits die WC-Anlagen im Kellergeschoss und Erdgeschoss saniert wurden, sind nun für dieses Jahr die Sanierungen der WC-Anlagen im 1. Obergeschoss der Hauptschule sowie die Lehrer-WC's in der Grundschule vorgesehen.

Die Bauleistungen wurden beschränkt ausgeschrieben.

Zum Submissionstermin der Fliesenarbeiten am 03.02.2015 lagen 2 Angebote vor.

Fa. Fliesen-Drews aus Reilingen hat mit 24.437,84 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben und gewährt einen Preisnachlass von 3 % auf die Abrechnungssumme.

Die Firma ist der Verwaltung als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

Zum Submissionstermin der Sanitärarbeiten am 03.02.2015 lagen ebenfalls 2 Angebote vor. Fa. Schmitt aus Eppelheim hat mit 22.227,42 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Die Firma ist der Verwaltung als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

Bürgermeister Schmitt verließ kurzzeitig das Ratsgremium. Nach Rücksprache mit dem 1. BGM-Stellvertreter GR Hans-Peter Helmling (CDU) eröffnete HAL Thate die Beratung.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass man nach dem vorliegenden Ergebnis überlegen müsse, wen man noch anschreibe und den Radius für die Ausschreibung eventuell künftig erhöhen solle. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass man weiterhin Plankstadter Firmen berücksichtigen solle und sie die Rückmeldung erhalten habe, dass der Zeitraum zur Angebotsabgabe sehr kurz gewesen sei. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass es gut sei, dass die Arbeiten vergeben werden können. Er wies darauf hin, dass die 3 % Preisnachlass auf die Angebotssumme im Beschluss noch einkalkuliert werden müssen und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP. Sie fragte, ob die Erneuerung der Elektroinstallation aus 2014 fertig sei, was von BGM Schmitt bejaht wurde. Schüller fragte, welche weiteren Maßnahmen folgen? BGM Schmitt sagte, dass weitere Elektroarbeiten anstehen. Sie fragte, ob auch die WC-Anlagen für die Kinder gemacht würden. Hier seien z.B. die Türen schwer zu öffnen. BGM Schmitt sagte, dass alles nach und nach auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Man wird die Türen aber vorgezogen überprüfen lassen.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass die Maßnahme notwendig sei, man könne sich aber über das Verfahren der Ausschreibung Gedanken machen. Man solle Beibehalten alle anzuschreiben. Er gab die Zustimmung der ALP.

Der Auftrag für die Sanitärarbeiten wird an Fa. Schmitt aus Eppelheim in Höhe von 22.227,42 € erteilt.

Der Auftrag für die Fliesenarbeiten wird an Fa. Fliesen-Drews aus Reilingen in Höhe von 23.704,70 € erteilt.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö6

Sanierung der Lessingstraße

- Auftragsvergabe

Die Bauleistungen zur Sanierung der Lessingstraße wurden öffentlich ausgeschrieben. Bestandteil der ausgeschriebenen Leistungen sind im Wesentlichen die Sanierung des Kanalnetzes, der Austausch der Wasserversorgungsleitungen, der Straßenbau sowie der Aufbau einer Leerrohr-Infrastruktur für die spätere Versorgung der Lessingstraße und der angrenzenden Wohngebiete mit Glasfaserkabeln. Das Leerrohrnetz war bisher nicht Bestandteil der Planungen und wurde nach dem Beitritt der Gemeinde zum Zweckverband „High-Speed-Netz“ des Rhein-Neckar-Kreises in den ausgeschriebenen Leistungsumfang aufgenommen.

Um die Beeinträchtigungen der Anwohner zu minimieren, wurde die Gesamtleistung in 5 Bauabschnitte aufgeteilt. Der Baubeginn wird im Bereich Waldpfad voraussichtlich Mitte April 2015 erfolgen.

Zum Eröffnungstermin am 06.02.2015 lagen 6 Angebote vor. Nach rechnerischer Prüfung der Angebote ist Fa. Reif aus Rastatt mit 1.954.207,12 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Fa. Reif ist als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

Zu dem TOP war Herr Jäckel von der Pöyry anwesend.

GR Andreas Berger (CDU) sprach von einer gewaltigen Summe, allerdings sei die Lessingstraße ja auch eine sehr lange Straße. Die Fa. Reif sei bekannt. Er freute sich über die große Beteiligung bei der Angebotsabgabe und hoffe, dass alles reibungslos ablaufe. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass das Kanalnetz relativ klein dimensioniert sei. Sie fragte, ob ein größerer Kanalquerschnitt berücksichtigt wurde? Herr Jäckel antwortete, dass man nach einer Berechnung zu dem Ergebnis kam, dass das vorhandene System nicht zu klein sei und auch nicht höher dimensioniert werden müsse. BGM Schmitt wies auf den vorhandenen Grundsatzbeschluss des Gemeinderats hin, wie man bei der Sanierung von Kanälen die Berechnungsmethoden anwenden werde.

DR. Klimpel-Schöffler sagte, dass es gut sei, dass Leerrohre für Glasfaserkabel mit berücksichtigt wurden und gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass er hoffe, dass sich das Wetter an das zu Grunde gelegte Rechenmodell halte. Man sei froh, dass es losgehe. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass es nun endlich soweit sei und fragte, ob die Begrünung schon dabei sei? Herr Jäckel verneinte und sagte, dass nur Baumscheiben dabei seien. Schüller fragte, ob es Mittel für den im Sanierungsgebiet liegenden Teilabschnitt im Waldpfad gebe, was BGM Schmitt bejahte. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sprach das High-Speed-Netz des Rhein-Neckar-Kreises an und fragte, wer für die Leerrohre jetzt bezahle? BGM Schmitt sagte, dass dies über den Zweckverband zu Lasten der Gemeinde verbucht werde. Ziel ist aber dies über die Nutzer zu refinanzieren. Hohl sagte, dass es ein langer Zeitraum sei, bis alles fertig werde und stellte die Frage, was an Kosten noch hinzukommen könne? Herr Jäckel sagte, dass es sich um Festpreise handelt. Hohl fragte, ob die Hauseigentümer zusätzlich belastet würden. BGM Schmitt sagte, dass für diese Maßnahme Satzungsgemäß keine weitere Belastung erfolgt. Hohl gab die Enthaltung der ALP.

Einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung der ALP.

TOP Ö7

Bauantrag zum Wohnhausumbau mit Gaubenerrichtung auf dem Grundstück Flst.Nr. 116, Schwetzing Str. 50

Das derzeit leer stehende Wohn- und Geschäftshaus liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ohne Bebauungsplan und im Sanierungsgebiet „Ortsmitte II“.

Der geplante Wohnhausumbau zur Schaffung von 5 Wohneinheiten ist nach seinem Einfügen in die Umgebungsbebauung zu beurteilen.

Im Hinblick auf das Einfügungsgebot und die beabsichtigten Änderungen im Dachbereich und in der Fassade wurde die Planung mit dem Sanierungsberater diskutiert. Sowohl die Verwaltung als auch der Sanierungsberater sehen durch die wichtigen Gaubenaufbauten und die Fassadengestaltung ein Einfügen in die Umgebungsbebauung als nicht gegeben.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass man froh sei, wenn hier etwas passiere, die Dimension aber zu groß sei. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass zu massiv in der Dimension geplant sei; dennoch befürworte man eine Maßnahme hier grundsätzlich. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö8

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 11.02.2015 gefassten Beschlüsse:

Besetzung einer Stelle im gehobenen Dienst für das Hauptamt
Mehrheitlich angenommen